

## Das Paradies versprochen – und ein Armenhaus geschaffen

In den Jahren 1989 und 1990 haben wir den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zerfall des kommunistischen Herrschaftsystems erlebt. Das Ausmaß dieses Niedergangs hätte noch im Frühjahr 1989 kaum jemand voraussagen gewagt. Wer vor diesem Hintergrund in diesen Tagen in alten kommunistischen Zeitungen und Parteiprogrammen der letzten dreißig Jahre liest, glaubt satirische Zeitschriften vor sich zu haben. Da wurde immer wieder das Paradies auf Erden versprochen und dem »Kapitalismus« der baldige Untergang vorausgesagt.

Am 31. Juli 1961 erschien die Ost-Berliner Tageszeitung »Neues Deutschland«, damals »Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands«, mit zwei dicken Schlagzeilen, die die gesamte Breite der ersten Seite einnahmen: »Kommunismus bringt der Welt Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit und Glück.«

### Die Versprechungen für die Jahre 1970 und 1980

Dann wurde angekündigt, bis 1970 werde die UdSSR die USA in der Pro-Kopf-Produktion übertroffen haben, der Bedarf an komfortablen Wohnungen werde im wesentlichen gedeckt sein, die landwirtschaftliche Produktion werde bis zu diesem Jahr auf das Zweieinhalbfache steigen und die USA überholen. Der Sechsstundentag oder die 34- bzw. 36stündige Arbeitswoche, teilweise der Fünfstundentag und die 30-Stunden-Woche würden verwirklicht sein.

Nach dieser ersten Hauptetappe des Aufbaus des Kommunismus werde im Jahre 1980 die kommunistische Gesellschaft in der UdSSR »im wesentlichen aufgebaut« sein. Versprochen wurde für das Ende dieser zweiten Dekade unter anderem:

- Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern wird gesichert;
- allmählicher Übergang zum kommunistischen Prinzip der Verteilung nach Bedürfnissen;
- Industrieproduktion steigt auf mindestens das Sechsfache;
- Arbeitsproduktivität steigt auf das Viereinhalbfache und das Doppelte gegenüber der Arbeitsproduktivität der USA;
- landwirtschaftliche Produktion steigt auf das Dreieinhalbfache und schneller als die Nachfrage;
- Fleischproduktion wächst auf das Vierfache.

1980 würden kostenlos sein: »Nutzung des Wohnraums; kommunale Verkehrsmittel (Straßenbahn, Omnibus, U-Bahn); Wasser; Gas; Heizung; Unterbringung der Kinder in Kinderheimen und Internatsschulen.«

In großen Lettern steht auf der oberen Hälfte der Titelseite der zitierten Ausgabe des SED-Zentralorgans: »Die kommunistische Gesellschaft wird der größte Sieg der Menschheit in ihrer Geschichte. Die heutige Generation der Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben. Höchste Produktion, höchster Lebensstandard, reichste Kultur, allseitige harmonische Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit. Klassenlose Gesellschaftsordnung mit voller sozialer Gleichheit aller Mitglieder.« Es folgt die klassische Definition des Kommunismus: »Jeder nach seinen Fähigkeiten! Jedem nach seinen Bedürfnissen!«

»Neues Deutschland« entnahm diese Angaben dem damals vorgelegten Entwurf des neuen Parteiprogramms der KPdSU, das auf dem 22. Parteitag (17. bis 31. Oktober 1961) unter dem damaligen Parteichef *Chruschtschow* angenommen wurde.<sup>1</sup> Es wurde erst auf dem 27. Parteitag (1986), schon unter Generalsekretär *Gorbatschow*, durch eine »Neufassung« ersetzt.<sup>2</sup> Diese verzichtet darauf, der heutigen Generation paradiesische Zustände in Aussicht zu stellen, und beschränkt sich darauf, »die volle Befriedigung der wachsenden Nachfrage der Bevölkerung nach qualitativ hochwertigen Konsumgütern – Lebensmitteln, gediegener und schöner Kleidung und Schuhen, Möbeln, Waren des kulturellen Bedarfs, hochwertiger Haushaltstechnik und Wirtschaftswaren« als »Aufgabe von erstrangiger Wichtigkeit« hinzustellen. Bis zum Jahr 2000 soll jeder sowjetischen Familie ein abgeschlossener Wohnraum – eine Wohnung oder ein Eigenheim – zur Verfügung stehen. Aber trotz dieser Zurückhaltung schließt dieses Programm mit dem Satz: »Unter der Führung der Partei, unter dem Banner des Marxismus-Leninismus wird das Sowjetvolk die kommunistische Gesellschaft errichten.« Der 28. Parteitag (Juli 1990) verabschiedete kein neues Parteiprogramm (das soll erst später ausgearbeitet werden), sondern eine Programmklärung, die die KPdSU als »Partei der sozialistischen Wahl und der kommunistischen Perspektive« beschrieb.

Mit Voraussagen, die den Anspruch wissenschaftlicher Gültigkeit erheben, haben sich die sowjetischen Kommunisten schon immer hervorgetan. *Lenin* schrieb in seinem Buch »Staat und Revolution«, das er im August 1917 fertigstellte, mit einem Seitenhieb auf seine Kritiker:

»Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist es leicht, eine solche Gesellschaftsstruktur als »reine Utopie« hinzustellen und darüber zu spotten, daß die Sozialisten<sup>3</sup> jedem das Recht zusichern, von der Gesellschaft ohne jegliche Kontrolle über die Arbeitsleistung des einzelnen Bürgers eine beliebige Menge Trüffeln, Autos, Klaviere und dergleichen mehr zu erhalten. Die meisten bürgerlichen »Gelehrten« beschränken sich auch bis auf den heutigen Tag auf dieses Spotten und verraten dadurch nur ihre Ignoranz und ihre eigennützige Verteidigung des Kapitalismus.«<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Boris Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, Köln 1962, S. 143 ff.

<sup>2</sup> Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Neufassung, Moskau 1986, S. 5 ff.

<sup>3</sup> Lenins Partei nannte sich damals noch Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki). Sie wurde auf dem 7. Parteitag (1918) in Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) umbenannt.

<sup>4</sup> W.I. Lenin, Ausgewählte Werke, Band II, Berlin (Ost) 1982, S. 398.

Dieses Zitat beweist uns, daß der Gründer der »Partei der Arbeiterklasse« dem Denken eines »Bourgeois« verhaftet war, denn einem Proletarier kämen solche Luxusgüter nicht in den Sinn. Dazu gehörte damals in Europa auch das Auto, das der amerikanische Kapitalist Henry Ford mit seinem Modell T zu einem Massenprodukt machte, das auch für Arbeiter erschwinglich ist. In allen nichtkommunistischen Industriestaaten gehört es heute zum Alltag des Arbeiters.

71 Jahre nach Lenins »Oktoberrevolution« schrieb der sowjetische Reformler Jurij Afanasjew: »Was würde Lenin, wenn er wieder zum Leben erwachte, dazu sagen, daß jetzt, im Jahre 1988, die Lebensmittel rationiert sind und die Russen, die weitab von den städtischen Zentren leben, überall von einer Stange Wurstersatz träumen?«<sup>5</sup>

### Das Leben in der heutigen Sowjetunion

Heute, im Jahre XI des 1961 vorausgesagten Kommunismus, hat die Sowjetunion eine imposante Weltraumtechnik, eine hochmoderne Kriegsmarine, Luftwaffe, Raketenwaffe und Panzerwaffe. Aber für seine Normalbürger ist sie ein Armenhaus. Die deutschsprachige Ausgabe der sowjetamtlichen Zeitung »Moskau News« hat es in ihrer Nummer 4/April 1989 in einem Beitrag von Juri Tepljakow geschildert, der die Überschrift trägt: »Das verfluchte Leben von Kimry. Die Trostlosigkeit einer russischen Provinzstadt.«<sup>6</sup>

Dort lesen wir, daß Nina Batanina, Arbeiterin in der Schuhfabrik »Roter Stern«, mit ihrer vierköpfigen Familie eine Baracke von 28 Quadratmetern bewohnt, eine Behausung, die kein heißes Wasser hat, Gas wird in Flaschen bezogen. »Nach dortigen Maßstäben normale Verhältnisse«, schreibt der Autor. Anspruch auf Wohnraumerweiterung haben die Batanins nicht, denn sie liegen bereits mit vier Quadratmetern über der Norm. Wer erinnert sich da nicht an den »im wesentlichen (gedeckten) Bedarf an komfortablen Wohnungen«, der bis 1970 zugesagt war?

Über die Lebensmittelversorgung in Kimry schreibt Tepljakow, die Fleischversorgung je Einwohner betrage 17 Kilogramm pro Jahr, das sind 47 Gramm täglich. Bei Butter sind es 6 Gramm, bei Schmelzkäse 5. Kein Wunder, daß die Einwohner von Kimry am Wochenende in das 100 Kilometer entfernte Moskau fahren, um Lebensmittel zu erstehen. (Inzwischen ist das nicht mehr möglich, da die dortige Stadtverwaltung wegen des großen Mangels Lebensmittel nur an Moskauer Bürger verkaufen läßt.) Der Autor fährt fort: »Warum also jammern. Das können die tun, die in Archangelsk oder Tscheljabinsk zu Hause sind...« Dazu äußerte sich auf der 19. Parteikonferenz der KPdSU der Stahlarbeiter Kabdulla Romasanow aus Karaganda. Dort müssen Metallurgen, Chemiker, Bergarbeiter und Bauarbeiter 200 bis 300 Kilometer in die benachbarten Gebiete fahren, um Lebensmittel zu kaufen.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Der Spiegel, Nr. 35/1988, S. 128.

<sup>6</sup> Abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. März 1989, S. 10.

<sup>7</sup> Offene Worte. Gorbatschow, Ligatschow, Jelzin und 4991 Delegierte diskutieren über den richtigen Weg. Sämtliche Beiträge und Reden der 19. Gesamtsowjetischen Konferenz der KPdSU in Moskau, Nördlingen 1988, S. 302.

### Die Nationalitätenkonflikte

In den letzten zwei Jahren wurde eine Ankündigung aus dem Jahre 1961 durch eine grausame Wirklichkeit widerlegt: »Annäherung und wachsende allmähliche Einheit der Nationen und langsame Verwischung der nationalen Unterschiede.« Da erklärten die 1940 von der Sowjetunion annektierten Esten, Letten und Litauer ihre Unabhängigkeit, in den übrigen Sowjetrepubliken, selbst in der Russischen Föderation, wird die Los-vom-Kreml-Bewegung immer stärker. Dort werden Souveränitätserklärungen abgegeben und in den Parlamenten Beschlüsse gefaßt, daß die Gesetze der Union in der eigenen Republik nur Gültigkeit haben sollen, wenn sie vom Parlament der Republik beschlossen werden. In Transkaukasien und in einigen zentralasiatischen Republiken gab und gibt es blutige Kämpfe zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen. Vielerorts herrscht zwischen ihnen eine ausgesprochene Bürgerkriegsstimmung.

Genug der Beispiele über das Leben in der heutigen Sowjetunion. Der Philosoph Karl R. Popper schrieb in seinem Buch »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde«: »Und zweifellos wäre eine Welt, in der wir uns alle lieben, der Himmel auf Erden... – der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, produziert stets die Hölle.«<sup>8</sup> Die Kommunisten haben diese Weisheit in den 70 Jahren, in denen sie erst ein Sechstel, dann ein Drittel der Erde beherrscht haben, nicht beherzigt. Sie schwelgten immer in der Zukunft. Als Wolfgang Leonhard im Jahre 1935 als Emigrant nach Moskau kam, gab es dort in den Buchhandlungen nur Stadtpläne für das Jahr 1945 zu kaufen, auf denen die Ergebnisse des Zehn-Jahres-Generalbauplans eingezeichnet waren.<sup>9</sup>

Diese Zukunftsbesessenheit, die Planungen bereits für die Wirklichkeit nimmt, bis in die Wortwahl hinein, ist nicht auf die sowjetischen Kommunisten beschränkt. SED-Chef Walter Ulbricht sagte im August 1959: »Die Wahrheit ist doch die: Die DDR wird bis 1961 auf allen wichtigen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern Westdeutschland einholen und zum Teil übertreffen.«<sup>10</sup> Genau zwei Jahre später, am 13. August 1961, wußte sich Ulbricht keinen anderen Rat, als durch die Errichtung der Sperranlagen quer durch Berlin die Massenflucht von DDR-Bewohnern zu beenden. Seit 1949 hatten 2,69 Millionen Menschen ihre von den Kommunisten beherrschte deutsche Heimat verlassen.<sup>11</sup> Im Herbst 1989 sahen sich seine Nachfolger Honecker und Krenz der Massenflucht von Deutschen aus der DDR via Ungarn, Polen und Tschechoslowakei gegenüber. Krenz wußte schließlich keinen anderen Ausweg, als am 9. November 1989 Berliner Mauer und Sperranlagen an der innerdeutschen Grenze für die Deutschen aus der DDR zu öffnen. Die Bilanz des Jahres 1989: 340000 Übersiedlungen in das Bundesgebiet und der Einsturz des kommunistischen Herrschaftssystems.

<sup>8</sup> Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band 2, 5. Auflage, München 1977, S. 292.

<sup>9</sup> Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Frankfurt am Main/Berlin 1961, S. 12.

<sup>10</sup> Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 299.

<sup>11</sup> Hermann Weber, Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 103.

### Kommunistischer Umgang mit der Vergangenheit

Kommunisten haben kein Glück mit der Zukunft, weil sie immer wieder Versprechungen gemacht haben, die nicht verwirklicht wurden. Auch deshalb haben sie Schwierigkeiten bei der Darstellung der Vergangenheit. Den älteren sind noch die monströsen Geschichtsfälschungen zur Zeit *Stalins* in Erinnerung. In der 1938 erschienenen »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang« werden bei der Würdigung der Verdienste von Parteiführern während des Bürgerkriegs 1918 bis 1921 neben Lenin und Stalin die Politbüromitglieder des Jahres 1938 und die inzwischen eines natürlichen Todes Gestorbenen erwähnt, nicht jedoch prominente bolschewistische Führer wie *Trotzki*, *Sinowjew*, *Kamenew*, *Bucharin* und *Ryrow*.<sup>12</sup>

Das ist heute anders. Die 1988 im Verlag der Presseagentur Nowosti erschienene Broschüre »Das Phänomen Stalin« nennt sie im biographischen Anhang alle, auch ihre Partei- und Staatsfunktionen werden aufgeführt. Aber dort, wo stehen mußte: »Im Prozeß der 16« (1936) oder »Im Prozeß der 21« (1938) »auf Grund unhaltbarer Anklagen und erzwungener Geständnisse zum Tode verurteilt und erschossen«, lautet die stereotype Formel: »In der Periode des Personenkults um *Stalin* von Repressalien betroffen.« Über *Trotzki* wird verschwiegen, daß er im Jahre 1940 in Mexiko auf Befehl *Stalins* ermordet wurde. Nur das Todesjahr wird angegeben, von Repressalien ist keine Rede, lediglich: »1929 wegen der sowjetfeindlichen Aktivitäten des Landes verwiesen. 1932 wurden ihm die sowjetischen Bürgerrechte aberkannt.«<sup>13</sup> Von »Glasnost«, Offenheit, ist in dieser Schrift noch wenig zu merken.

### Privates Unternehmertum und Mehrparteiensystem als Ausweg

In der erwähnten Ausgabe des »Neuen Deutschland« steht auch der Satz: »Der Imperialismus ist in die Periode des Verfalls und des Untergangs eingetreten.« Welche Bitterkeit mußten da kommunistische Führer, die nach westlicher Währung hungerten, bei der Erkenntnis empfinden, daß der Bürger eines sozialistischen Staates mit »Blick auf den kapitalistischen Alltag... zu der Schlußfolgerung (gelangt), der Kapitalismus sei ein System, in dem sowohl der Arbeiter als auch der Bourgeois die Möglichkeit haben, die Vorteile der technischen Entwicklung und des Wettbewerbs zu genießen«. Der das im Sommer 1988 schrieb, Polens späterer Ministerpräsident und Parteichef *Mieczyslaw Rakowski*<sup>14</sup>, kam zu der Schlußfolgerung, der Sozialismus werde »entweder ausreichende schöpferische Kräfte, Mut und Phantasie in sich selbst finden, um sich von den heute schon nicht mehr

<sup>12</sup> Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin 1946, S. 297.

<sup>13</sup> Das Phänomen Stalin. Sowjetische Gesellschaftswissenschaftler über Ursachen der Abweichungen vom Sozialismus und der Deformation des Machtmechanismus, die mit dem Personenkult verbunden waren, Moskau 1988, S. 57 ff.

<sup>14</sup> »Unser System ist veraltet.« Polens Politbüromitglied *Mieczyslaw Rakowski* über die Zukunft des Sozialismus, in: Der Spiegel, Nr. 29/1988, S. 119 f.

brauchbaren Begriffen, von veralteten Beurteilungen zu befreien, oder er wird sich selbst zum langsamen Absterben verurteilen«. Solch offene Worte suchte man in den Reden, die *Honeckers* Übergangsnachfolger *Krenz* seit dem 18. Oktober 1989 gehalten hat, vergebens. Dessen Nachfolger *Gysi* und seine »Partei des Demokratischen Sozialismus« forderten im Wahlprogramm demokratische Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit. Aber von *Lenin*, dem Begründer der Sowjetdiktatur, sagten sie sich nicht los.

Die polnischen und die ungarischen Kommunisten haben aus dem Versagen des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild als erste die Konsequenzen gezogen, auf ihre »führende Rolle« und den Marxismus-Leninismus verzichtet, mit ihrer Vergangenheit gebrochen. Beide sahen in einem wirtschaftlichen und politischen Pluralismus (Marktwirtschaft, privatem Unternehmertum, freien Gewerkschaften und Mehrparteiensystem), der für sie das Risiko beinhaltete, in die Opposition gehen zu müssen, den einzigen Ausweg. In Polen hatte das bereits bei den Parlamentswahlen im Juni 1989 einen haushohen Sieg der »Solidarität« zur Folge. Seit August stellt sie den Ministerpräsidenten, nachdem sich die Vereinigte Bauernpartei und die Demokratische Partei, die vier Jahrzehnte lang willenslose Gefolgsleute der Kommunisten gewesen waren, mit ihr zu einer Koalition zusammengeschlossen haben. Bis Ende 1989 verzichteten auch die Kommunisten der DDR, Bulgariens, der Tschechoslowakei und Rumäniens auf ihre führende Rolle. Im März 1990 kam die KP-Nachfolgeorganisation in der DDR auf 16,4 Prozent, in Ungarn gar nur auf 10,8 Prozent der Stimmen.

*Gorbatschow* wollte (oder mußte wegen seiner Gegenspieler in der breiten Funktionärsschicht) in der Sowjetunion lange Zeit eben diese führende Rolle der Kommunistischen Partei bewahren und den Trapezakt versuchen, die Partei in den selbstbewußt gewordenen Sowjets gleichzeitig die Rolle der »Regierung« und der »Opposition« übernehmen zu lassen. Noch am 26. November 1989 bekräftigte er in der »Prawda« die Richtigkeit der Theorien des Marxismus-Leninismus, nannte er den Aufbau des Sozialismus einen »weltweiten Prozeß«. Die Oktoberrevolution 1917 sei »ein epochaler Durchbruch in die Zukunft« gewesen. Und er verteidigte die Beibehaltung des Einparteiensystems und der »führenden Rolle« der Kommunistischen Partei.<sup>15</sup>

Die Gründung einer »überregionalen Abgeordnetengruppe« wies einen anderen Weg. Der schon zitierte *Jurij Afanasjew*, der neben dem früheren Moskauer Parteichef *Jelzin* ihrem fünfköpfigen Führungsgremium angehört, antwortete in einem »Spiegel«-Interview auf die Frage, ob diese Gruppe ein erster Schritt zum Mehrparteiensystem sei: »Der allgemeine Gang der Dinge wird dahin führen... Nehmen wir die Volksfront-Bewegungen, die überall entstanden sind, in Moskau, in Leningrad, im Baltikum; auch sie sind eine Bewegung in Richtung Mehrparteiensystem. Und selbst in der KPdSU sind Leute mit den unterschiedlichsten Ansichten vertreten, die sich artikulieren können.«<sup>16</sup> Ende 1989 führte die Sowjetre-

<sup>15</sup> *Gorbatschow* wehrt sich gegen Vorwürfe, dpa-Meldung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. November 1989, S. 1.

<sup>16</sup> Der Spiegel, Nr. 32/1989, S. 110.

publik Litauen offiziell das Mehrparteiensystem ein, und im März 1990 wurde endlich das Machtmonopol der Kommunistischen Partei aus der sowjetischen Verfassung gestrichen. Aber die Neuformulierung, daß die Kommunistische Partei, andere politische Parteien sowie andere gesellschaftliche Organisationen und Massenbewegungen an der Ausarbeitung der Politik des Sowjetstaates teilnehmen<sup>17</sup>, deutete darauf hin, daß Gorbatschow noch ein ganzes Stück Weges von einem wirklichen politischen Pluralismus, Chancengleichheit der politischen Parteien, entfernt war; von einem wirtschaftlichen Pluralismus mit Marktwirtschaft und freiem Unternehmertum ganz zu schweigen. Die nach dem 28. Parteitag aus der KPdSU ausgetretenen Reformpolitiker Jelzin, inzwischen Präsident der Russischen Föderation geworden, und die Oberbürgermeister von Moskau und Leningrad, Popow und Sobtschak, streben jedoch diesen Ausweg aus der sich täglich verschärfenden Krise an. Während diese Zeilen geschrieben werden, ist noch nicht abzusehen, ob sie sich durchsetzen werden.

### Rußland in 70 Jahren kommunistischer Herrschaft ruiniert

Im Juli 1989 schufen die Streiks in den großen Kohlerevieren der Sowjetunion eine Situation, die lebhaft an die Gründungsphase der »Solidarität« in Polen im Sommer 1980 erinnert. Die Moskauer Machthaber, vertreten durch ein Politbüromitglied und einen Ersten Stellvertreter des Regierungschefs, sahen sich schließlich genötigt, mit Vertretern des örtlichen Streikkomitees des Kusbass-Gebietes eine Vereinbarung zu unterschreiben, in der wichtige Forderungen der Streikenden enthalten sind, unter anderem Lohnerhöhungen, verbesserte Versorgung mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern, wirtschaftliche und juristische Unabhängigkeit der Betriebe (»Hierbei sollen alle Eigentumsforderungen als Möglichkeit in Betracht gezogen werden: staatliche, kooperative, Formen des Pacht- und Aktionärswesens und andere mehr«) und Legalisierung der Streikkomitees auch für die Zeit nach Beendigung des Streiks.<sup>18</sup> Drei Monate danach waren die meisten Forderungen noch nicht erfüllt.<sup>19</sup> Während des 28. Parteitags brachten sich die sowjetischen Bergarbeiter durch erneute Streiks in Erinnerung.

Die Streiks in den sowjetischen Kohlengruben führten der Weltöffentlichkeit das erbärmliche Leben der sowjetischen Bergarbeiter vor Augen, die von der offiziellen Propaganda jahrzehntelang als die Elite der »herrschenden Klasse« hingestellt wurden, ihre miserable Versorgung mit Lebensmitteln, Gebrauchsgütern und Wohnraum, die Rückständigkeit ihrer Betriebe (»So hauen die Bergarbeiter denn weiter mit altmodischem Mammutgerät oder nach Urväterart knieend mit der aus eigener Tasche bezahlten Hacke, Klinge oder Axt – sinnlos, unproduktiv, unterbezahlt«), die mangelnde Arbeitssicherheit, die für unsere Vorstellungen unvorstellbare Verschmutzung ihrer Umwelt. Dabei wurde in westlichen Medien, die durch-

<sup>17</sup> Theodor Schweisfurth, Ein weiterer Schritt von der Diktatur einer Partei zum Rechtsstaat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. April 1990, S. 7.

<sup>18</sup> Der Spiegel, Nr. 30/1989, S. 104.

<sup>19</sup> Der Spiegel, Nr. 45/1989, S. 221 f.

aus nicht im Ruf des Antikommunismus stehen, daran erinnert, daß die menschenverachtende Behandlung der russischen Arbeiter schon auf Lenin zurückgeht.<sup>20</sup> Auch in der Sowjetunion kommt die Erkenntnis auf, daß das Land in 70 Jahren kommunistischer Herrschaft, insbesondere in der Stalinzeit, ruiniert worden ist. Juri Tepljakow schreibt in der erwähnten Reportage über die russische Provinzstadt Kimry: »Wir haben nicht nur unsere moralischen, sondern auch die beruflichen Traditionen eingebüßt. Wir verlieren, was aus Jahrhunderten rührte, was unsere Ahnen überlieferten.«<sup>21</sup>

Westliche Beobachter haben keinen Grund, aus Anlaß dieser Analyse Schadenfreude zu empfinden. Ein östliches Europa, dessen Wirtschaft so funktionierte wie die der nichtkommunistischen Länder dieses Kontinents – bei allen Problemen, die auch hier der Lösung harren; aber sie sind leichter zu lösen als die Probleme der kommunistischen Länder –, wäre auch für uns von Nutzen. Es muß jedoch die Lehre daraus gezogen werden, daß politischer und wirtschaftlicher Pluralismus, Mehrparteiensystem, freie Gewerkschaften und privates Unternehmertum, der Staat der Menschenrechte und der Gewaltenteilung die Voraussetzung dafür sind, den Bürgern eines Landes zwar kein Paradies auf Erden, wohl aber ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Diese Einsicht sollten wir uns nicht durch Gesellschaftsveränderer zerreden lassen, die unsere Wirklichkeit an utopischen Modellen messen und mutwillig zerstören wollen, was Generationen aufgebaut und immer wieder fortentwickelt haben, die immer noch dem Traum vom »menschlichen Sozialismus« nachhängen. Die Wähler in der ehemaligen DDR haben ihnen am 18. März 1990 eine klare Absage erteilt. Sorgen wir dafür, daß sie auch im vereinigten Deutschland eine Randgruppe bleiben!

<sup>20</sup> Ebenda, S. 103 ff.

<sup>21</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. März 1989, S. 10.